

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 55 (1968)
Heft: 21

Artikel: Thesen zur Schulfragen. Teil 3 : die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zur Schulpolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-535883>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hierarchisch gegliederte Welt, in der die feinsten Nuancen der Wirklichkeit, des Tatbestandes aufleuchten. Es geht aber mit der Sprache noch weiter, und das ist für uns Europäer von ganz besonderem Interesse.

Man kennt weder die eigene noch eine Fremdsprache, wenn man sich nicht Rechenschaft darüber ablegen kann, welche Assoziationen bei gegebenen Wörtern sich einstellen. Es ist leicht zu verstehen, daß der Franzose anders auf das Wort Waterloo reagieren wird als der Engländer oder Deutsche, während der Schweizer wahrscheinlich ganz kalt gelassen wird. Die Berliner Mauer brennt den Deutschen in Berlin ganz anders als den Deutschen in Bonn. Und Auschwitz, das m. E. ein echter Markstein in der Geschichte des europäischen Ungeistes bedeutet, wird nur vom Juden als solcher erkannt und vor allem empfunden. Aber ganz abgesehen von der traurigen Politik gilt die Notwendigkeit, sich der Assoziation

eines Wortes in einem gegebenen Sprachraum zu versichern. Es wäre interessant, folgendes Experiment in internationalem Kreise zu machen: Man nenne das Wort «Indien» und lasse die Teilnehmer ihre Assoziationen dazu aufschreiben. Noch vor 30 Jahren wären diese ganz verschieden ausgefallen. Heute nähern sich die Assoziationen dank dem Radio, dem Fernsehen und dem erleichterten Verkehr. Der Sprachunterricht kann sehr tief in das Verständnis anderer Wesensart führen. Mögen die europäischen Lehrer sich das sehr zu Herzen nehmen, damit sie, wie der Heilige Franziskus betet, statt Haß Liebe säen können.

* Vortrag, gehalten anlässlich der Ersten Studienwoche über europäische Erziehung auf christlicher Grundlage. 4. April bis 9. April 1967 in Goßau.

*) Pädagogik des Herzens, Willmann Institut. Herder, Freiburg 1961.

Thesen zur Schulfrage III*

Die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zur Schulpolitik

Grundsätzliches (aus dem Parteiprogramm)

Im Hinblick darauf, daß die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse letzten Endes bestimmt werden durch die innere Einstellung des Menschen zur Volksgemeinschaft, unterstützt die Schweizerische BGB-Partei die Arbeit von Familie, Kirche und Schule an der Bildung von Gesinnung und Charakter auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. Ihr weiteres Anliegen geht dahin, in der heranwachsenden Jugend den Willen zur tätigen Mitarbeit in der Gemeinschaft zu wecken. Die Partei übt religiöse Toleranz und wünscht den religiösen Frieden. Aus dieser Erwägung heraus befürwortet sie die Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen konfessionellen Ausnahmeartikel der Bundesverfassung.

Das «Recht auf Bildung» muß allen Kreisen des Volkes nicht nur theoretisch, sondern auch prak-

tisch zustehen. Daher hat die Begabtenförderung vor allem auch die entlegenen Gebiete unseres Landes zu erfassen. Die BGB-Partei bekennt sich zum Grundsatz, daß über die Zulassung zur höheren Berufsschulung und zum akademischen Studium in erster Linie die fachliche und charakterliche Eignung entscheiden soll. Von diesem Gesichtspunkt aus befürwortet sie eine weitherzige Unterstützung begabter junger Leute durch Stipendien. Im Schulwesen allgemein vertritt sie den Gedanken des «kooperativen Föderalismus»; auf diesem Wege der interkantonalen Zusammenarbeit sind insbesondere auch die Lehrpläne zu vereinheitlichen. Eine Koordination der Bestrebungen drängt sich ebenfalls beim Ausbau der Hochschulen und der wissenschaftlichen Forschung auf.

Eingabe der Jugendfraktion der BGB-Partei an den Bundesrat und an die Konferenz der kant. Erziehungsdirektoren

Die Jugendfraktion der Schweizerischen BGB-Partei befaßt sich seit Monaten mit den Problemen der Schulkoordination. In Spezialkommissionen wurde die Vielschichtigkeit des ganzen Fragenkomplexes aufs eingehendste studiert, analysiert und Lösungen oder Wege zu Lösungen ausgearbeitet. Nachdem nun diese Phase als ab-

* Damit setzen wir unsere Artikelfolge über die Programme unserer politischen Parteien zur Schulfrage in der Schweiz fort. (Siehe Schweizer Schule Nr. 1, S. 9 f. und Nr. 17, S. 645 ff. dieses Jahrgangs!)

geschlossen betrachtet werden kann, versucht nun die Jugendfraktion in ihren Eingaben an den Bundesrat und an die Konferenz der Erziehungsdirektoren zur ganzen Problematik eine eingehende Stellungnahme zu erhalten. Insbesondere werden die Adressaten zu folgenden Punkten um ihre Meinung gebeten: Die Jugendfraktion ist der Meinung, daß sich im Zusammenhang mit der zunehmenden Binnenwanderung Probleme auf dem Schulsektor ergeben, welche eine vermehrte interkantonale Koordination notwendig machen. Die Verschiedenartigkeit der kantonalen Schulsysteme bringt für Schulkinder, welche in einen andern Kanton übersiedeln, sowie auch für die Lehrerschaft, erhebliche zusätzliche Aufgaben. Den betroffenen Kindern können daraus große Nachteile erwachsen, welche nicht nur das Weiterkommen in der Schule, sondern auch die seelische Entwicklung des Kindes beeinträchtigen.

Die Jugendfraktion ist der festen Ansicht, daß nun zum heutigen Zeitpunkt eine schnellere und wirksamere Koordination eingeleitet werden muß. Eine solche Koordination sollte zumindest in bezug auf das Eintrittsalter, den Schulbeginn, die Lehrmittel, die Schulmethoden und Stoffpläne, den Beginn des Fremdsprachenunterrichts, die Aufnahmebedingungen und den Übertritt in die Sekundar- und Mittelschulen sowie auf dem Gebiete der Lehrerausbildung gesucht werden. Die Jugendfraktion ist überzeugt, daß mangels einer notwendigen Bundeskompetenz eine Koordination in absehbarer Zeit nicht zustandekommen kann. Aus diesen Überlegungen wurde der Bundesrat und die Konferenz der Erziehungsdirektoren um eine Stellungnahme zu nachfolgenden Fragen gebeten:

1. Wie beurteilen die Herren Bundesräte die Notwendigkeit der erwähnten Beispiele über die von uns gewünschte Koordination?
2. Kann die Koordination durch freiwillige Bestrebungen in kürzerer Zeit verwirklicht werden?
3. Kann über den Ausbau des ständigen Sekretariates der Konferenz der Erziehungsdirektoren die freiwillige Koordination wirksam gefördert werden?
4. Sind die Herren Bundesräte nicht auch der Meinung, daß eine neue verfassungsmäßig geordnete Bundeskompetenz notwendig ist, um die Schulkoordination überhaupt wirksam zu erzielen.

In Anbetracht der Tatsache, daß in der ganzen

Welt gewisse extreme Elemente einen Aufruhr herbeigeführt haben, erachtet es die Jugendfraktion als Aufgabe der demokratisch gesinnten Jugend, Reformbedürftiges aufzugreifen und auf legalem Weg bestmögliche Lösungen zu finden und auszuarbeiten. Die Bildungspolitik ist ein Problem, welches vor allem die Jugend stark beschäftigt, weil sie sich – direkt oder indirekt – mit den Schulproblemen verbunden fühlt. Zudem wird der Bildungsfaktor die Zukunft der Schweiz auf lange Sicht maßgebend beeinflussen. Daß die Jugend für die Jugend positive Lösungen sucht und sich bereit erklärt, auf seriöser und demokratischer Grundlage zu arbeiten, sollte besonders beachtet werden.

Mit diesen Darlegungen wurde dem Bundesrat und der Konferenz der Erziehungsdirektoren gleichzeitig mitgeteilt, daß die Vorbereitungen für eine entsprechende Verfassungsinitiative bereits in vollem Gange sind. Das Einsetzen der Initiative wird weitgehend von der Antwort dieser beiden Instanzen abhängig sein.

Die Bereitschaft der Jugend für eine seriöse Mitarbeit an den großen Problemen der Bildungspolitik ist vorhanden. Sie verdient die uneingeschränkte Unterstützung aller Kreise, welche die Grundlagen eines Rechtsstaates anerkennen. Die Jugend muß heute ernst genommen werden, nur so können Ereignisse wie diejenigen von Zürich vermieden werden.

Bern, den 6. August 1968

Umschau

Gelesen und notiert

- An verschiedenen Schulen in Ungarn wird mit dem *Fremdsprachenunterricht* versuchsweise bereits in der 3. Klasse, das heißt mit 8 Jahren begonnen. Kinder, die gute Leistungen in der Muttersprache aufweisen, werden in einer besonderen Abteilung zusammengefaßt. Aber auch schwächere Schüler werden auf Wunsch zugelassen. Bis heute liegen ausgezeichnete Resultate vor.
- Dornach will den *Französischunterricht in der Primarschule* vom 6. auf das 4. Schuljahr vorverlegen. Es werden fachliche und methodische Kurse für audio-visuellen Unterricht zur Ausbildung von Primarlehrern für Französisch noch in diesem Jahr durchgeführt.